

Marktradikalismus und Rechtspopulismus Neoliberaler Modernisierung als Türöffnerin für rassistische Ausgrenzung und Standortnationalismus

Seit die Bankenkrise mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 globale Dimensionen angenommen hat, befindet sich die Welt in einem ökonomischen, politischen und sozialen Transformationsprozess. Wegen der wachsenden Erwerbslosigkeit und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Gefolge der Finanz-, Wirtschaft- und Währungskrise nehmen Armut und Verelendung auch in Europa stark zu. Lohndumping fällt den transnationalen Konzernen in solchen Krisenzeiten leichter, weshalb künftig erheblich mehr Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnssektor angesiedelt sein dürften. Während sich der Reichtum noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren und Investmentbankern sammelt, sind Angehörige des Kleinbürgertums heute stärker als früher vom sozialen Absturz bedroht, was die politisch-ideologischen Zugänge zum Rechtsextremismus bzw. -populismus vermehrt (Butterwege 2011).

Wenn sich bei der langsam erodierenden Mittelschicht die Furcht ausbreitet, in den von der Finanzmarktkrise erzeugten Abwärtssog hineingezogen zu werden, sind irrationale Reaktionen und Rechtstendenzen nicht ausgeschlossen. Davon könnte wiederum ein Signal an die Eliten ausgehen, das bestehende Gesellschaftssystem durch autoritäre Herrschaftsformen zu konsolidieren. Sofern das parlamentarische Repräsentativsystem in einer solchen Umbruchsituation scheinbar blockiert und durch seine Hilflosigkeit gegenüber Krisenerscheinungen der Ökonomie diskreditiert ist und die Politik der etablierten Parteien als durch mächtige Lobbygruppen korrumpiert gilt, haben rechtspopulistische »Bürgerbewegungen« gute Chancen, Wahlerfolge zu erringen sowie ihre außerparlamentarische Mobilisierungsfähigkeit und Durchschlagskraft zu steigern.

Ohne historische Parallelen überstrapazieren und durch den Blick zurück die momentanen Krisenerscheinungen des Kapitalismus dramatisieren zu wollen, denkt man an die Weltwirtschaftskrise gegen Ende der 1920er- und Anfang der 1930er-Jahre. Damals leiteten Bankenpleiten und Börsensammenbrüche international den Niedergang zahlreicher Unternehmen und riesige Entlassungswellen ein, die Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau sowie Not und Elend großer Bevölkerungskreise nach sich zogen. Der rasante Auf-

stieg des Faschismus in Deutschland, Italien und Österreich wäre ohne diese spezifischen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen kaum möglich gewesen.

Hauptverantwortlich für die aktuellen Tendenzen zur Pauperisierung, sozialen Polarisierung und Prekarisierung ist der Neoliberalismus. Aus einer ökonomischen Theorie, die während der 1930er-Jahre in Reaktion auf die damalige Weltwirtschaftskrise und den Keynesianismus als staatsinterventionistischem Lösungsansatz entstand (Ptak 2008: 16ff.), hat sich der Neoliberalismus im vergangenen Vierteljahrhundert zu einer Sozialphilosophie entwickelt, welche die ganze Gesellschaft im Rahmen eines strategischen Plans nach dem Modell von Markt und Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen (arbeitenden) Menschen, Unternehmen, Regionen und Nationen, kurz: »Wirtschaftsstandorten« unterschiedlicher Art, als Wundermittel zur Lösung aller Probleme erscheint. Hans-Gerd Jaschke spricht vom Neoliberalismus als einem »Marktradikalismus« bzw. »fundamentalismus«, der sein Gesicht erkennbar wandle:

»Von einer interessenpolitisch begründeten und nachvollziehbaren wirtschaftspolitischen Position wird er immer deutlicher zu einer umfassenden politischen Ideologie, die sich unangreifbar gibt, indem sie auf die Globalisierung verweist, auf den Konkurrenzdruck und das angedrohte Abwandern von Unternehmen« (Jaschke 1998: 114).

Da die Ideologie des Neoliberalismus alle Poren der Gesellschaft durchdrungen und sogar Eingang in Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbände gefunden hat, spricht man zu Recht davon, dass er die öffentliche Meinungsführerschaft ausübt. Diese neoliberale Hegemonie verstärkt nicht nur die soziale Asymmetrie im Finanzmarktkapitalismus, wie sie die zunehmende Spaltung in Arm und Reich repräsentiert (Butterwege 2012), sondern ist auch eine Gefahr für die Demokratie.

Zwar befindet sich der Neoliberalismus gegenwärtig in einer Legitimationskrise, da er aber längst zu einer Weltanschauung, ja zu einer politischen Zivilreligion avanciert ist, hat er die Hegemonie trotz seiner erkennbaren Mitschuld am sozioökonomischen Krisendeckel nicht verloren (Butterwege 2010). Vielmehr prägt er weiterhin das Alltagsbewusstsein der Menschen im Hinblick auf Leistungsanforderungen und Wettbewerbsorientierung, wie auch die Krisenbewältigungsstrategien fast aller Staaten noch immer seinen Rezepten folgen. Anders ist die südeuropäischen Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien von der Europäischen Union (EU) aufoktroiierte Austeritätspolitik überhaupt nicht verständlich. Gleichzeitig breiten sich in weiten Teilen Europas wohlstandschauvinistische Stimmungen und rechtspopulistische Strömungen aus (Butterwege/Hentges 2008; Forschungsgruppe

Europäische Integration 2012; Bathke/Hoffstadt 2013), weshalb hier der Zusammenhang von Neoliberalismus, Rechtspopulismus und (Standort-) Nationalismus thematisiert werden soll.

Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie

Die neoliberale Hegemonie hat in der Gesellschaft bisher allgemein verbindliche Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen auf den Kopf gestellt. Galt früher der soziale Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Schichten als erstrebenswertes Ziel staatlicher Politik, so steht heute nach offizieller Lesart den Siegertypen alles, den »Leistungsfähigen« bzw. »unwilligen« höchstens das Existenzminimum zu. In einer »Winner-take-all«-Gesellschaft (Frank/Cook 1995) zählt nur der (sich in klingender Münze auszahlende) Erfolg. Durch die Ökonomisierung, Kommerzialisierung und Monetarisierung zwischenmenschlicher Beziehungen wird Tendenzen der Entpolitisierung und Entdemokratisierung massiv Vorschub geleistet, weil die Gesellschaft nicht mehr wie bisher politisch zu gestalten, das heißt demokratisch zu entwickeln ist. Man kann zwar als Marktteilnehmer/in ethischen Prinzipien gemäß handeln, eine »Moralisierung der Märkte« findet dadurch aber nicht statt, wie Nico Stehr (2007) fälschlicherweise meint. Märkte fungieren als Regulierungsmechanismen und Wachstumsmotoren, sind aber keine moralischen Institutionen, die ethischen Maximen gehorchen, sondern gleichen eher gefühllosen Maschinen.

Wer eine bestimmte Form der Ökonomie verabsolutiert, wie das Marktradikale tun, negiert die Politik im Allgemeinen und die Demokratie im Besonderen, weil sie Mehrheitsentscheidungen zum Fixpunkt gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse machen und nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln. Selbst das Grundgesetz der Bundesrepublik ist Neoliberalen ein Dorn im Auge (Darnstädt 2004), gilt es doch, sein Sozialstaatsgebot außer Kraft zu setzen und dem Markt nicht nur Vor-, sondern auch Verfassungsrang einzuräumen. Dabei stören demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die mehr Zeit in Anspruch nehmen als dezisionistische Maßnahmen, zum Beispiel das Prinzip der Gewaltenteilung und föderale Strukturen, die Macht beschränken, sowie der Konsenszwang eines Parteienstaates nur.

Wo die permanente Umverteilung von unten nach oben mit dem Hinweis auf Globalisierungsprozesse – als für den »eigenen Wirtschaftsstandort« nützlich, ja unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein Diskriminierung begünstigendes Klima. Je mehr die ökonomische Konkurrenz nach neoliberalen Restrukturierungskonzepten im Rahmen der »Standortsicherung« verschärft wird, umso leichter lässt sich die kulturelle Differenz

zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft politisch aufladen und als Ab- bzw. Ausgrenzungskriterium gegenüber Mitbewerber(inne)n um Arbeitsplätze sowie wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen instrumentalisieren. Gewalt gegenüber (ethnischen) Minderheiten nimmt zu, wenn – trotz eines Eindrucks gegenüber (ethnischen) wachsenden Bruttoinlandsprodukts – der weiterhin relativ kontinuierlich wachsenden gesellschaftlichen Verteilungsspielräume verengen. Verteilungskämpfe werden zu Abwehrgedächtnen der Einheimischen gegen »Fremde« bzw. zu interkulturellen Konflikten hochstilisiert, sofern im Zeichen der Globalisierung ausgrenzend-aggressive Töne in der politischen Kultur eines Aufnahmelandes die Oberhand gewinnen.

Obwohl die meisten Neoliberalen nicht nur überzeugte Anhänger der Marktwirtschaft sind, sondern die Demokratie auch für eine mit ihr kompatible, wenn nicht ihr gar komplementäre, weil ebenfalls auf dem Wettbewerbsprinzip und der Wahlfreiheit des Bürgers beruhende Regierungsform halten, trägt das Modell einer »Marktgemeinschaft« mit möglichst wenig (sozial) staatlicher Regulierung, wie sie neoliberalen Theoretikern vorschwebt, autoritäre Züge (Prak 2008: 43, 60). Noch in einer anderen Hinsicht weisen die Denkstrukturen des Neoliberalismus und des Rechtsextremismus signifikante Übereinstimmungen auf: Beide verabsolutieren geradezu die Höchstleistung, sei es des einzelnen Marktteilnehmers oder der »Volksgemeinschaft« insgesamt, und glorifizieren die Konkurrenz, in welcher sich der Starke gegenüber dem Schwachen durchsetzen soll. Darin wurzelt die Notwendigkeit einer (sozialen) Selektion, die mit dem Prinzip der Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit aller Gesellschaftsmitglieder im Weltmaßstab unvereinbar ist.

Regierungen degenerieren immer mehr zu bloßen Sachwalterinnen der Verwertungsbedürfnisse »ihrer« Wirtschaftsstandorte, was sie veranlasst, oft überhastet Reformen auf den Weg zu bringen, die der »Standortsicherung« bzw. den dahinter steckenden Kapitalinteressen dienen. Die neoliberale Standortlogik orientiert sich nicht an den (arbeitenden) Menschen, sondern an den internationalen Finanzmärkten. Sie erlaubt nur Standortpolitik, was auf ein »stark reduziertes Politikverständnis« (Luutz 2007: 119) hindeutet. Ein betriebswirtschaftlicher Tunnelblick verstellt dem Betrachter die Sicht auf den Gesamtzusammenhang, das heißt die politischen, sozialen und kulturellen Grundlagen der herrschenden Produktionsweise, und trübt die Einsicht, dass Markt, Leistung und Konkurrenz nicht verabsolutieren darf.

Wenn immer mehr Länder, Städte und Gemeinden wie Firmen geführt werden und Parteiprogramme, statt gesellschaftliche Utopien zu entwerfen, Bilanzen der Regierungspraxis gleichen, dankt die Politik endgültig ab. Demokratie jedweder Art lebt von der Aktivität, Spontaneität und Kreativität ihrer Bürger/innen, die mit jenem technokratischen Herangehen, welches Neoliberale zur gesellschaftlichen Norm erheben, unvereinbar sind. Außerdem tritt

staatliche Repression an die Stelle demokratischer Partizipation: Der neoliberale Minimalstaat ist eher magersüchtig als »schlank« und eher Kriminal- als Sozialstaat, weil ihn die drastische Reduktion der Wohlfahrt verstärkt zu Kontroll- und Zwangsmaßnahmen gegenüber Personen(gruppen) zwingt, die als »Modernisierung« bzw. »Globalisierungsvorteiler/innen« zu Hauptopfern seiner im Grunde rückwärts gerichteten »Reformpolitik« werden.

»Die Spaltung in eine globale ›Club-Gesellschaft der Geldvermögensbesitzer‹ und nationale Gesellschaften, die noch immer ›Arbeitsgesellschaften‹ sind, führt in letzter Konsequenz dazu, daß der Rechtsstaat zu einem Staat mutiert, der den ›inneren Frieden‹ mit Gewalt aufrechterhalten muß – mit Disziplinierung anstelle von Konsens und mit Sicherheitspolitik anstelle von Sozialpolitik« (Mahnkopf 1999: 120).

Der neoliberale Wettbewerbswahn fördert die politische Rechtsentwicklung in vielen Gesellschaftsbereichen und führt zur Ab- bzw. Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und so genannten Randgruppen. Es ist kein Zufall, dass rechte, rassistisch motivierte Gewalt – nicht nur, aber vor allem unter jungen Männern – gerade heute drastisch zunimmt (Hadjar 2004). Durch seine Fixierung auf den Leistungswettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen idealen Nährboden für Standortnationalismus, Sozialdarwinismus und Wohlstandshauvinismus, die zu den verheerendsten Begleiterscheinungen eines Denkens gehören, das sich mit dem »eigenen« Wirtschaftsstandort total identifiziert und dessen Entwicklungschancen auf den Weltmärkten hypostasiert. »Die deutsche Variante des Neoliberalismus verbindet [...] globale Elemente mit einer neuerechten Lesart der Verteidigung des Nationalstaates« (Hansen 1998: 204).

Die scheinbare Übermacht der Ökonomie gegenüber der Politik bzw. transnationaler Konzerne gegenüber dem einzelnen Nationalstaat zerstört den Glauben junger Menschen an die Gestaltbarkeit von Gesellschaft, treibt sie in die Resignation und verhindert so demokratisches Engagement, das heute nötiger denn je wäre (Klönne 2001: 262). Durch die Modifikationen im Verhältnis von Ökonomie und Politik, wie sie der neoliberale Transformationsprozess bedingt, büßt die Demokratie ihre Attraktivität für viele Bürger/innen ein und verliert die herkömmliche politische Bildungsarbeit an Überzeugungskraft, wenn nicht gar ihren Gegenstand.

»Niemand mag mehr glauben, dass in den Parlamenten die Zentren der gesellschaftlichen Willensbildung zu sehen sind, eine rege Teilnahme am parteipolitischen Leben bürgerliche Selbstbestimmung zur Geltung bringt, die Freiheit der Medien den vernunftbestimmten Diskurs über Politik garantiert und sich die gesellschaftlichen Zukunftsentscheidungen

dem grundgesetzlichen Sozialstaatsgebot gemäß steuern lassen« (Klönne 2001: 262).

Die neoliberale Hegemonie ist nicht zuletzt deshalb eine Gefahr für die Demokratie (Butterwegge/Hickel/Prak 1998; Lösch 2008), weil sie mit dem Standortnationalismus eine Ideologie festigt, durch die der Rechtsextremismus für das Establishment bzw. die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig wird. Dass die neoliberale Hegemonie nicht – wie man erwarten könnte – mehr Freiheit, Toleranz und Bürgerrechte mit sich bringt, sondern ganz im Gegenteil von einem Sicherheitsdiskurs begleitet wird, der Disziplin, Autorität und die Notwendigkeit sozialer Kontrolle betont (Singelstein/Stolle 2006), verweist auf die Affinität eines betriebswirtschaftlichen Effizienzdenkens zum totalitären Gesellschaftsmodell des Rechtsextremismus.

Rechtspopulismus und Neoliberalismus – ein widersprüchliches Wechselverhältnis

Herbert Schui u.a. (1997) haben in einer Schrift mit dem Titel »Wollt ihr den totalen Markt?« zahlreiche Parallelen zwischen dem Neoliberalismus und dem Rechtsextremismus herausgearbeitet und deren Geistesverwandtschaft nachgewiesen. Neoliberale reduzieren den Menschen auf seine Existenz als Marktsubjekt, das sich im Tauschakt selbst verwirklicht. Letztlich zählt für sie nur, wer oder was ökonomisch verwertbar und gewinnträchtig ist. Aufgrund dieses ausgeprägten Utilitarismus, seines betriebswirtschaftlichen Effizienzdenkens, seiner Leistungsfixierung und seines Wettbewerbswahns bietet der Neoliberalismus nicht bloß Topmanagern ihren Alltagserfahrungen im Berufsleben entsprechende Orientierungsmuster, sondern auch ideologische Anschlussmöglichkeiten an den Rechtsextremismus bzw. -populismus. Populistisch ist jene Gruppierung innerhalb des Rechtsextremismus wie des Brückenspektrums zwischen diesem und dem (National-)Konservatismus zu nennen, die besonders das verunsicherte Kleinbürgertum anspricht, dessen Vorurteile gegenüber dem Wohlfahrtsstaat nährt, dabei wirtschaftsliberale Ziele verfolgt, Minderheiten abwertende Stammtischparolen aufgreift, den Stolz auf das eigene Kollektiv, die Nation bzw. deren Erfolge auf dem Weltmarkt (Standortnationalismus) mit rassistischer Stimmungsmache oder sozialer Demagogie verbindet und die verständliche Enttäuschung vieler Menschen über das Parteien- bzw. Regierungsestablishment für eine Pauschalkritik an der Demokratie schlechthin nutzt.

Der jüngste Aufstieg des Rechtspopulismus hat sich im Spannungsfeld von neoliberaler Modernisierung und antiglobalistischer Gegenmobilisierung vollzogen (Betz 2001: 168). Während der 1980er Jahre lehnte sich

der Rechtspopulismus fast überall in Europa an den Neoliberalismus an, überbot dessen Marktradikalismus teilweise sogar und fungierte damit als Türöffner für den Standortnationalismus. Hatte der Nationalsozialismus auf Traditionsbewusstsein, überkommene Werte und den Mythos des Reiches gepocht, setzte der moderne Rechtspopulismus eher auf Innovationsbereitschaft, geistige Mobilität und den Mythos des Marktes. Statt der antiliberalen Grundhaltung à la Carl Schmitt war für ihn zunächst eine wirtschaftsliberale Grundhaltung à la Adam Smith kennzeichnend. Weniger einer völkischen Blut-und-Boden-Romantik als der wirtschaftlichen Dynamik verhaftet, ist der Rechtspopulismus stärker markt-, wettbewerbs- und leistungsorientiert. Statt fremder Länder wollte er neue Absatzmärkte erobern. Die ultrarechte Wertetrias, so schien es fast, bildeten nicht mehr »Führer, Volk und Vaterland«, sondern Markt, Leistung und Konkurrenzfähigkeit. Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, Deregulierung des Arbeitsmarktes und Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse ergaben jene Zauberformel, mit der man die Zukunft des »eigenen« Wirtschaftsstandortes sichern wollte.

Anfang der 1990er Jahre äußerten die europäischen Rechtspopulisten deutlicher Vorbehalte gegenüber einer Form der Globalisierung, die Massenarbeitslosigkeit produzierte und gleichzeitig die Zuwanderung von Hochqualifizierten forcierte, um den jeweiligen Industriestandort noch leistungsfähiger zu machen. Rechtspopulisten profilierten sich als »die einzig wahren« Interessenvertreter der Arbeitnehmer/innen und Erwerbslosen, die von den sozialdemokratischen (Regierungs-)Parteien verraten worden seien. Teilweise feierten sie Wahlerfolge mit ungewohnten Tiraden gegen die Öffnung der (Arbeits-)Märkte, den Wirtschaftsliberalismus, Managerwillkür und Standortentscheidungen multinationaler Konzerne. »Selbst rechtsextreme Politikprojekte, die mit dem Neoliberalismus weiter im Bunde sind, bieten auch die Kritik der durch ihn hervorgebrachten gesellschaftlichen Veränderungen« (Kaindl 2006: 64). Geschickt verbanden Rechtspopulisten unter Hinweis auf negative Folgen der Globalisierung die soziale mit der »Ausländerfrage«, wodurch sie Anschluss an die Massenstimmung, neoliberale Sozialstaatskritik und hegemoniale Diskurse gewannen.

Christina Kaindl (2005: 182) diagnostiziert einen »Umschwung der rechtspopulistischen Parteien von Befürwortern zu Kritikern von Globalisierung und Neoliberalismus«, thematisiert allerdings nicht, ob es sich hierbei um eine Richtungsänderung oder bloß um einen taktischen Schachzug handelte. Man kann beim Rechtspopulismus keinen durchgängigen »Schwenk weg vom Neoliberalismus« (Grevén 2006: 19) erkennen, sondern höchstens ein zeitweiliges Schwanken im Hinblick darauf, wie bestimmte Wählerschichten am besten zu erreichen wären. Dass der Rechtspopulismus aus wahl-taktischen Gründen programmatische Konzessionen an breitere Schichten

(Arbeitermilieu, sozial Benachteiligte, »Modernisierungsverlierer«) machen musste, bedeutet natürlich keinen prinzipiellen Bruch mit dem Marktradikalismus. »Selbst dort, wo neue rechtsradikale Parteien ihre wirtschaftsliberale Rhetorik einschränken, bedeuten die Konsequenzen ihres Aufstiegs Wasser auf die Mühlen neoliberaler Sozialstaatskritik« (Kitschelt 2001: 439).

Das ist einer der Hauptwidersprüche des neoliberalen Zeitgeistes: Während man Wirtschaftsmanagern und Großinvestoren grenzüberschreitend immer mehr unternehmerische Autonomie gewährt, werden den (arbeitenden) Menschen ein Verzicht auf soziale Sicherheit, eine stärkere Abhängigkeit von Marktzwängen und mehr Staatseingriffe in ihre Privatsphäre zugemutet. Das Hohelied auf die Marktfreiheit geht paradoxerweise mit der Wiederentdeckung gesellschaftlicher Konventionen, Pflichten und Sekundärtugenden einher. Offenbar harmoniert die globalisierte Postmoderne gut mit biedermeierlichem Mief und kleinbürgerlicher Spießermoral (Rickens 2006; Pinl 2007). Claudia Pinl weist auf die Geistesverwandtschaft von Neoliberalismus und Neokonservatismus hin, der in sich heterogen ist:

»Nicht alle Neokonservativen wollen die Frauen an den Herd zurückschicken, nicht alle sind gegen Kindertagesstätten oder für die radikale Durchkommerzialisierung aller Lebensbereiche. Einige glauben vorwiegend an die Macht Gottes, andere an die Macht des Marktes oder der Gene, wiederum andere trauen vor allem dem moralisch erhobenen Zeigefinger. Woran sie eher nicht glauben: dass Mensch- und Ressourcenverteilung in der versetzt werden müssen, über die Macht- und Ressourcenverteilung in der Gesellschaft demokratisch zu bestimmen« (Pinl 2007: 153).

Hinsichtlich der Hauptfunktion beider Geistesströmungen, der Legitimationsbeschaffung und der Herrschaftssicherung, ergeben sich frappierende Ähnlichkeiten. Nicht bloß der Rechtsextremismus will hinter die demokratischen Errungenschaften von 1789 zurück und schafft dafür die Voraussetzungen, wenn er Machtpositionen eringt, sondern auch ein Marktradikalismus, der die Menschen politisch entmündigt, indem er sie auf ihren Status als »Homines oeconomici« beschränkt.

»Neoliberalismus ist militante Gegenaufklärung: Die Menschen sollen ihre Lage nicht durch vermehrtes Wissen in einer kollektiven, bewussten Anstrengung in den Griff bekommen. Denn dies würde mit der Herrschaft aufräumen, die der Neoliberalismus mit all seinen Kunstgriffen zu legitimieren sucht« (Schui 2006: 54).

Die wichtigste Schnittmenge zwischen Neoliberalismus und Rechtspopulismus liegt in der Überzeugung, dass man auf den »Wirtschaftsstandort D« stolz sein und ihn stärken müsse, um den Wohlstand aller zu mehren. Den

festen Glauben an die Überlegenheit des »eigenen« Wirtschaftsstandortes teilen selbst prominente Gewerkschafter, die sich für Antifaschisten halten, mit den meisten Rechtspopulisten (Zeuner u.a. 2007: 20). Neoliberalismus ist nicht mit Standortnationalismus gleichzusetzen, als gesellschaftspolitisches Großprojekt aber nur schwer ohne ihn zu realisieren. Wenn sich der Neoliberalismus mit dem Nationalkonservatismus amalgamiert, resultiert daraus ein aggressiver Standortnationalismus, der geradezu als politisch-ideologische Steilvorlage für den Rechtsextremismus wirkt. Das fast alle Lebensbereiche beherrschende Konkurrenzdenken führt zur Ausgrenzung und Abwertung von Leistungsschwächeren, die im wirtschaftlichen Wettbewerb auf der Strecke bleiben, die Gewinnmargen eines Unternehmens senken, den Sozialstaat angeblich unbezahlbar machen und somit als menschlicher Ballast für den »eigenen« Standort wirken.

Standortnationalismus, Sozialdarwinismus und Wohlstandschauvinismus als Bindiglieder

Hat der Neoliberalismus in einer Gesellschaft die Hegemonie errungen und die Standortlogik fest im öffentlichen Bewusstsein verankert, rückt die Sicherung, Wiedergewinnung oder Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des »eigenen« Wirtschaftsstandortes quasi von selbst in den Mittelpunkt allen politischen Handelns. Matthias Matussek konstatiert in seinem Bestseller »Wir Deutschen. Warum uns die anderen gern haben können«, ohne Nationalstolz sei eine Wirtschaftsnation nicht erfolgreich:

»Die unverklemmte Identifikation mit der eigenen Nation ist neben allem anderen ein Wettbewerbsvorteil. Auch in Zeiten der Globalisierung wird die deutsche Nation nicht überflüssig, nicht für uns, die wir hier arbeiten, hier unsere Kinder in die Schulen schicken, hier unsere Steuern bezahlen und uns hier auf Krankenhäuser und Müllabfuhr verlassen müssen, und das gilt für unsere Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam. Für uns gibt es nationale Interessen, die über denen anderer Nationen rangieren sollten« (Matussek 2006: 244).

Obwohl die Bundesrepublik seit längerem steigende Rekordexportüberschüsse erzielt, behauptet Henrik Müller (2006: 16) allen Ernstes, dass sie bisher nicht zu den Gewinnern des »globalen Wettbewerbs« gehöre, was er auf mangelnden Patriotismus – für ihn ein zentraler Erfolgsfaktor im Wirtschaftsleben – zurückführt: »Die Deutschen haben Probleme, sich dem Wettbewerb der Nationalstaaten zu stellen, weil sie Schwierigkeiten haben, sich als Nation zu begreifen und entsprechend zu handeln – ja, den Wettbewerb der Staaten

überhaupt zu akzeptieren.« Der zitierte Wirtschaftspublizist beklagt, dass Deutschland die »nationale Identität« fehle, wie sie für andere Völker selbstverständlich sei:

»Seit den Verbrechen unter Hitler ist alles Deutsche diskreditiert. Auch heute, da die allermeisten Täter des ›Dritten Reichs‹ tot sind, ist es vielen Bundesbürgern unmöglich, sich aus vollem Herzen und mit gutem Gefühl als Deutscher zu empfinden, sich gar offen zum Deutschen zu bekennen« (Müller 2006: 200).

Braucht ein Land im Zeitalter der Globalisierung die nationale Identität als »Gesellschaftskitt« (Henrik Müller), um als Wirtschaftsstandort leistungsfähig und erfolgreich sein zu können? Was als »Wirtschaftspatriotismus« erscheint, der laut Müller die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Landes und seine Erfolge auf den Weltmärkten gewährleistet, ist nur eine für den modernen Finanzmarktkapitalismus charakteristische, von Teilen des organisierten Rechtsextremismus radikalisierte Form des Nationalismus, gepaart mit Wohlstandschauvinismus. Dieser übernimmt Mathias Brodtkorb (2003: 84) zufolge jene Rolle, die der Antisemitismus für NS-Agitatoren spielte: »Er steht im Zentrum des öffentlichen rechten Diskurses und stellt die wichtigste Schnittstelle zum Alltagsdenken der Bevölkerung dar.« Gleichzeitig hat der Antisemitismus wieder Hochkonjunktur, was auf die ökonomische Globalisierung zurückzuführen ist, die man als Verschwörung »der Ostküste« und US-Amerikanisierung der Welt interpretiert (Weitzmann 2006).

Die für den Rechtsextremismus konstitutiven Aus- bzw. Abgrenzungsideologien, vor allem Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus, sind in letzter Konsequenz auf die Konkurrenz zurückzuführen, welche eine notwendige – wohlgemerkt: keine hinreichende – Bedingung für die Herausbildung entsprechender Handlungsanleitungen und Legitimationskonzepte zur Ausgrenzung von (ethnischen) Minderheiten bzw. Leistungsschwächeren darstellt. Die auch von seinen schärfsten Kritiker(inne)n bewunderte Produktivität, Flexibilität und Vitalität des kapitalistischen Wirtschafts- bzw. Gesellschafts-systems beruht auf der Konkurrenz, die seine Mitglieder nicht ruhen lässt, sie vielmehr zum permanenten Kampf »jeder gegen jeden« zwingt und als stärkste Triebkraft wissenschaftlich-technischer Innovationen und unternehmerischer Investitionen fungiert. Dysfunktional wirkt dagegen, dass sich die soziale Kohäsion einer Industrienation im »Säurebad der Konkurrenz« (Karl Marx) zersetzt, Ideale wie Solidarität, Gerechtigkeit und Humanität auf der Strecke bleiben und eine systemimmanente Selektion stattfindet, die eine vertrauensvolle Kooperation sogar zwischen Angehörigen derselben Bevölkerungsschicht verhindert, zumindest aber erschwert.

Während den Neoliberalen die »Rasse«, die ethnische Herkunft bzw. die Religionszugehörigkeit eines Marktteilnehmers kaum interessiert, spielt die Identifikation mit dem »eigenen« Wirtschaftsstandort eine umso größere Rolle. Menschen, die zuwandern, werden von Rechtsextremisten nach zwei Kriterien beurteilt: ihrer Leistung für die Nation bzw. den »Wirtschaftsstandort« (Nutzen), was mit dem entscheidenden Maßstab von Neoliberalen korrespondiert, und ihrer ethnischen Abstammung, was damit weniger harmonisiert. Stärker erscheinen die ideologischen Überlappungen auf einem anderen Gebiet: Wegen des prononcierten Antiegalitarismus im Neoliberalismus verschwimmt die Grenze zum Sozialdarwinismus (Prak 2008: 73), einem konstitutiven Bestandteil von Faschismus, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus. Weder der Rechtsextremismus noch der Neoliberalismus zeigen Verständnis für die Schwachen, sozial Benachteiligten, (Langzeit-) Arbeitslosen, Kranken und Behinderten, obwohl zumindest Ersterer im politischen Tagesgeschäft teilweise um deren Stimme buhlt. Gemeinsam haben sie auch das Streben nach einem »perfekt-erfolgreichen Menschen«, welcher den Wunschtraum sämtlicher Anhänger des Sozialdarwinismus verkörpert (Malina 2006).

Neoliberalismus ist mehr als Marktradikalismus, weil sich mit der Fixierung auf den »eigenen« Wirtschaftsstandort die Tendenz zum Standortnationalismus verbindet. »Standortnationalismus« nenne ich eine Ideologie, die – eng mit dem Neoliberalismus verwandt – vielfach aus diesem hervorgeht, ihn aber nicht auf Schritt und Tritt begleitet, sondern eine relative Autonomie besitzt (Butterwege 1998). Es handelt sich hierbei um ein Konkurrenzdenken, das auf den »eigenen« Wirtschaftsstandort fixiert ist, von der Bevölkerungsmehrheit einen Verzicht auf Wohlstandszuwächse fordert und eine primär die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigernde (Regierungs-)Politik favorisiert.

Wenn etwa das Wohl und Wehe des »Standorts D« im Mittelpunkt aller Bemühungen um die Entwicklung der Gesellschaft steht, sind die (arbeitenden) Menschen nebensächlich, hohe Gewinnmargen der (Groß-)Anleger jedenfalls erheblich wichtiger und andere Länder nur Weltmarktkonkurrenten, die es niederzuringen gilt.

Standortnationalismus wirkt als politisch-ideologischer Kitt, der dafür sorgt, dass die kapitalistische Gesellschaft trotz ökonomischer Labilität und sozialer Zerküftung, welche die als Spaltpilz und Sprengkraft wirkende »Reformpolitik« nach Modellvorschlägen des Neoliberalismus verstärkt, nicht auseinanderfällt. Er verbindet Rechtsextremismus bzw. -populismus und Neoliberalismus, die auf den ersten Blick wenig gemeinsam haben. Grundkonstante beider Geistesströmungen ist die Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit der Menschen. Rechtsextremisten halten die Mitglieder ihres eigenen (nationalen, »rassischen« oder ethnischen) Kollektivs, sich selbst natürlich

eingeschlossen, per se für etwas Besseres als die für minderwertig erklärten Angehörigen der übrigen Völker. Wirtschaftsliberale gewährleisten zwar die Rechtsgleichheit aller Individuen, verweigern ihnen jedoch die materiellen Mittel, welche nötig sind, um in deren Genuss zu kommen, sofern sie nicht am Markt erfolgreich konkurrieren. Empathie, Solidarität und soziales Verantwortungsbewusstsein sind ihre Sache nicht: Neoliberaler zu sein heißt letztlich, unsozial zu handeln; Rechtsextremist zu sein heißt darüber hinaus, brutal und rücksichtslos zumindest gegenüber »Gemeinschaftsfremden« zu handeln.

Reicht die Angst vor dem sozialen Abstieg bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, fühlen sich insbesondere kleinbürgerliche Schichten akut bedroht, was irrationale Reaktionen auf Krisensymptome fördern kann.

»Die im Namen des Neoliberalismus betriebene Demontage des Sozialstaats und die vom losgelassenen Markt entfesselte sozialdarwinistische Leistungskonkurrenz versetzen die Menschen in den Zustand einer permanenten Verteidigung und Aggression« (Eisenberg 2002: 120).

Rainer Benthin (2004: 190) spricht von einer »strategische(n) Koppelung neoliberaler Ideologie mit xenophoben und rassistischen Diskursmustern«, durch die sich eine radikale Sozialstaatskritik und das Postulat der sozialen Exklusion nach ethnisch-kulturellen Kriterien verbinden lassen. Jurta Menschik-Bendele und Klaus Ottomeyer (2002: 305) sehen einen Trend zum »hedonistisch-konsumistischen Sozialdarwinismus« um sich greifen:

»Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, dem zufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beruhen auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien.«

Sozialdarwinismus fällt nicht vom Himmel, wurzelt vielmehr in einer Erfahrungswelt, die durch das kapitalistische Leistungsprinzip, die Allgegenwart des Marktmechanismus und den Konkurrenzkampf jeder gegen jeden geprägt wird (Kühl 2001: 32f.). Rivalität fungiert als Haupttriebkraft einer zerklüfteten, zunehmend in Arm und Reich gespaltenen Gesellschaft. »Die sozialdarwinistische Alltagsphilosophie, die damit einhergeht, erzeugt eine unauffällige, sich von direkter Gewalt fernhaltende und als ›Sachzwang der Ökonomie erscheinende Brutalität« (Klönne 2001: 266). Rivalität, Ellenbogenmentalität und Brutalität verkörpern die neoliberale Leitkultur. In einer Zeit verschärfter Konkurrenz eine ideologische Rechtfertigung der Missachtung ethischer Grundwerte und größerer sozialer Ungleichheit – im Sinne von Ungleichwertigkeit – zu offerieren, bildet laut Franz Josef Krafeld (2001: 287) heute einen Hauptgrund für die Attraktivität rechter Orientierungen.

Wenn meine Analyse des modernen Rechtsextremismus bzw. -populismus, seiner Triebkräfte und gesellschaftlichen Hintergründe zutrifft, muss ihm durch eine andere Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik das materielle Fundament entzogen, die Standortlogik widerlegt und eine überzeugende Alternative zum Neoliberalismus entwickelt werden. Letztlich ist die Beantwortung der Frage entscheidend, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen: Soll es eine Konkurrenzgesellschaft sein, die Leistungsdruck und Arbeitsetze weiter erhöht, Erwerbslose, Alte, Kranke, Drogenabhängige, ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderungen ausgrenzt sowie Egoismus, Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit eher honoriert, sich jedoch gleichzeitig über den Verfall von Sitte, Anstand und Moral wundert, oder eine soziale Bürgergesellschaft, die Kooperation statt Konkurrenzverhalten, Mitmenschlichkeit und Toleranz statt Gleichgültigkeit und Elitewusstsein fördert? Eignet sich der Markt tatsächlich als gesamtgesellschaftlicher Regelungsmechanismus, obwohl er auf seinem ureigenen Terrain, der Volkswirtschaft, ausweislich einer sich trotz des vorübergehenden Konjunkturaufschwungs verfestigenden Massenarbeitslosigkeit gegenwärtig kläglich versagt? Darauf die richtigen Antworten zu geben heißt, den Neoliberalismus mitsamt seinem Konzept der »Standortsicherung«, aber auch Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus wirksam zu bekämpfen. Mindestens das sollte uns die Krise gelehrt haben.

Quellenverzeichnis

- Bathke, Peter / Hoffstadt, Anke (Hg.): 2013: Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus. Köln.
- Bentlin, Rainer 2004: Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten. Frankfurt/Main, New York.
- Betz, Hans-Georg 2001: Radikaler Rechtsextremismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie. In: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. Frankfurt/Main. S. 167-185.
- Brodtkorb, Mathias 2003: Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus. Münster.
- Butterwegge, Christoph / Heniges, Gudrun (Hg.) 2008: Rechtsextremismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen, Farmington Hills.
- Butterwegge, Christoph / Hickel, Rudolf / Prak, Ralf 1998: Sozialstaat und neoliberaler Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Berlin.

Butterwegge, Christoph 1998: Standortnationalismus – eine Herausforderung für die politische Jugendbildung. In: Deutsche Jugend 46 (11). S. 469-477.

Butterwegge, Christoph 2010: Niedergang oder Renaissance des Neoliberalismus? – Die Folgen der Finanzkrise. In: Vorgänge 189 (2010). S. 43-52.

Butterwegge, Christoph 2011: Finanzmarktkrise, Armut und rechtsextreme Politik. In: Kopke, Christoph (Hg.): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg – Bilanz und Perspektiven. Potsdam. S. 41-55.

Butterwegge, Christoph 2012: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt/Main, New York.

Darnstädt, Thomas 2004: Die Konsensfälle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert. München.

Eisenberg, Götz 2002: In Erfurt und um Erfurt herum oder: Amok – eine neue Ventilsitte? Ansätze zu einer Sozialpsychologie von Wut und Haß im Zeitalter der Globalisierung. In: Eisenberg, Götz: Gewalt, die aus der Kälte kommt. Amok – Pogrom – Populismus. Gießen. S. 17-80.

Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.) 2012: Rechtsextremismus in der Europäischen Union. Hamburg.

Frank, Robert H. / Cook, Philip J. 1995: The Winner-take-all Society. Why the Few at the Top Get so Much More than the Rest of Us. New York.

Greven, Thomas 2006: Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance. In: Greven, Thomas / Grumke, Thomas (Hg.): Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden. S. 15-29.

Hadjar, Andreas 2004: Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des Hierarchischen Selbstinteresses. Wiesbaden.

Hansen, Ralf 1998: Rückkehr des Leviathan. Konturen einer neuen »Sicherheitsgesellschaft«. In: Bischoff, Joachim / Depe, Frank / Kisker, Klaus (Hg.): Das Ende des Neoliberalismus? – Wie die Republik verändert wurde. Hamburg. S. 197-215.

Jaschke, Hans-Gerd 1998: Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft. Hamburg.

Kaindl, Christina 2005: Rechtsextremismus und Neoliberalismus. In: Kaindl, Christina (Hg.): Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Marburg. S. 180-200.

Kaindl, Christina 2006: Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts. Erfolgskonzepte für die extreme Rechte? In: Peter Bathke, Peter / Spindler, Susanne (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien. Berlin. S. 60-75.

Kitschelt, Herbert 2001: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte. In: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und separatistischer Regionalismus in westlichen

Rechte. München.

Schul, Herbert 2006: Rechtsextremismus und totaler Markt. Auf der Suche nach gesellschaftlicher Klebmasse für den entfesselten Kapitalismus. In: Bathke, Peter / Spindler, Susanne (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien. Berlin. S. 48-59.

Singelstein, Tobias / Stolle, Peer 2006: Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. Wiesbaden.

Stehr, Nico 2007: Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie. Frankfurt/Main.

Weitzmann, Mark 2006: Antisemitismus und Holocaust-Leugnung: Permanente Elemente des globalen Rechtsextremismus. In: Greven, Thomas / Grumke, Thomas (Hg.): Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden. S. 52-69.

Zeuner, Bodo / Gester, Jochen / Fichter, Michael / Kreis, Joachim / Stöss, Richard 2007: Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften. Münster.

Demokratien. Frankfurt/Main. S. 418-442.

Klönne, Arno 2001: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema »Rechtsextremismus«. In: Butterwegge, Christoph / Lohmann, Georg (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Opladen. S. 259-267.

Krafeld, Franz Josef 2001: Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen. S. 271-291.

Kühnl, Reinhard 2001: Nicht Phänomene beschreiben, Ursachen analysieren. Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schneider, Ulrich (Hg.): Tut was! – Strategien gegen Rechts. Köln. S. 30-37.

Lösch, Bettina 2008: Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie. In: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden. S. 221-283.

Lautz, Wolfgang 2007: Vom Ort der Bürger zum Standort. Standortnationalismus als politischer Ausweg aus dem Entgrenzungsdilemma? In: Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung / Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung (Hg.): Diffusionen. Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen. Dresden. S. 118-134.

Mahnkopf, Birgit 1999: Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung? – Zwischen Innovationsregime und Zähmung der Marktkräfte. In: Eichel, Hans / Hoffmann, Hilmar (Hg.): Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft. Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung. Reinbek. S. 110-130.

Malina, Peter 2006: Auf der Jagd nach dem perfekt-erfolgreichen Menschen. Das sozialdarwinistische Gesellschaftsmodell als die große Versuchung der Moderne. In: Hohl-Jahn, Elisabeth / Malina, Peter / Renner, Elke (Hg.): Menschenhaltung. Biologismus – Sozialrassismus. Innsbruck, Wien, Bozen. S.10-27.

Matussek, Matthias 2006: Wir Deutschen. Warum uns die anderen gern haben können. Frankfurt/Main.

Menschik-Bendele, Jutta / Ottomeyer, Klaus 2002: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms. Opladen.

Müller, Henrik 2006: Wirtschaftsfaktor Patriotismus. Vaterlandsliebe in Zeiten der Globalisierung. Frankfurt/Main.

Plnl, Claudia 2007: Das Biedermeier-Komplott. Wie Neokonservative Deutschland retten wollen. Hamburg.

Ptak, Ralf 2008: Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden. S. 13-86.

Rickens, Christian 2006: Die neuen Spießler. Von der fatalen Sehnsucht nach einer überholten Gesellschaft. Berlin.

Schul, Herbert / Ptak, Ralf / Blankenburg, Stephanie / Bachmann, Günter / Kotzur, Dirk 1997: Wollt ihr den totalen Markt? – Der Neoliberalismus und die extreme

Ein neu reflektierter Faschismusbegriff

Politische Bewegungen, deren Ideologie und Auftreten in zentralen Punkten dem ursprünglichen italienischen 'fascismo' Mussolinis ähnelt, sollten Faschismus genannt werden.¹ Es handelt sich um einen weltweiten Typ von Bewegungen, der vor circa 100 Jahren entstand und bis heute existiert. Gerade wenn sich AkteurInnen selbst in die faschistische Tradition stellen und ihr nacheifern, ist der Faschismusbegriff angemessen.

multierte – Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit. Der Sammelbegriff »extreme Rechte«, also äußerste Rechte, ist ebenso wie der früher viel gebrauchte und nahezu gleichbedeutende Begriff »ultrarechts« höchst schwammig. Wie weit außen ein Rechter steht, liegt nun mal im Auge der BetrachterIn, und wen genau die »extreme Rechte« umfasst, wird schnell beliebig. Dieser Begriff ist nicht mehr als eine Hilfskonstruktion, um besonders aggressive Strömungen der Rechten – nichtfaschistische wie faschistische – zusammenzufassen. Aber solche Hilfskonstruktionen sind manchmal nötig und sollten erlaubt sein, wenn die genaue Bestimmung des jeweils Gemeinten trotzdem nicht unterbleibt. Anders verhält es sich mit dem »ExtremISMUS«. Dieser existiert tatsächlich nur als Kampfbegriff der herrschenden Ordnung und in den Köpfen staatsnaher WissenschaftlerInnen. Wünschenswert wäre immer, sich möglichst präzise auszudrücken. In den weitaus meisten Fällen könnten Begriffe wie »rechtsextrem« durch genauere wie »neofaschistisch« ersetzt werden.

Sich für den Faschismusbegriff zu entscheiden, darf keinen Verzicht auf genaues Hinschauen und Differenzieren bedeuten. Faschismen können sich erheblich voneinander unterscheiden. In Deutschland steht ein erheblicher Teil der FaschistInnen nach wie vor unter dem Bann des historischen Nationalsozialismus und ver-

dient daher die Bezeichnung »Neonazis«. Aber es existieren auch nicht-nazistische Faschismen in Deutschland und in der Welt, beispielsweise verschiedene nationalrevolutionäre und nationalbolschewistische Konzeptionen. Jeder Neonazi ist ein Faschist, doch nicht jeder Faschist automatisch ein Neonazi. Auch religiöser Fundamentalismus kann in faschistischen Spielarten auftreten.

In einem Artikel dieser Serie äußerte Gregor Wiedemann die Befürchtung, dass Bezeichnungen wie »extrem rechts«, »faschistisch« oder »nazistisch« es erleichtern würden, den Faschismus gewissermaßen als »böses Anderes«, als Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft zu konstruieren. Damit wäre leichter zu verdrängen, wie tief Ideologien der Ungleichwertigkeit gerade in der viel beschworenen »Mitte der Gesellschaft« verankert sind (vgl. AIB #92).

Diese Befürchtung ist unbegründet. Zur Bezeichnung der ganz normalen, alltäglichen Ungleichwertigkeitsideologien gibt es all die altbekannten Vokabeln wie rassistisch, nationalistisch, antisemitisch, sexistisch, homophob, sozialdarwinistisch und so weiter. Gerade aus gesellschaftskritischer, emanzipatorischer Sicht bietet der Faschismusbegriff aufgrund seiner Geschichte einen Vorteil: Der Vorwurf an den Kapitalismus, den Faschismus hervorzubringen, schwingt im Faschismusbegriff immer mit. Wer kennt nicht Max Horkheimers berühmten Ausspruch,

1] Siehe den Beitrag von Thomas Willms (VVN-BdA). Ähnlich argumentiert Wolfgang Wippermann in dem aktuellen Bändchen: »Jenseits der Epoche. Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa.«, das dieses Jahr im Unrast-Verlag erschienen ist.
2] Faschismus heißt wörtlich übersetzt »Bundismus«.

Mathias Wörsching
www.faschismustheorie.de

Der Faschismus bildet nur einen Teil des weit gespannten Spektrums der politischen Rechten. Alle rechten Strömungen, vom religiösen Fundamentalismus über den Rechtsliberalismus, Konservatismus, Rechtspopulismus bis zum Faschismus gründen sich auf – jeweils unterschiedlich ausfor-

[1] Das Idealbild des faschistischen Squadristen der 1920er Jahre: Schwarzhemd und »Manganello« (Stock).
 [2] Das Realbild des heutigen Neofaschisten: Schwarze Klamotten, diverse Portemonnaieketten und »Effenberger« (Stinkefinger)

dass vom Faschismus schweigen solle, wer vom Kapitalismus nicht reden mag?

Aber wie genau sieht der Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus aus? Traditionelle marxistische Interpretationen sehen im Faschismus in erster Linie eine bestimmte Form der Herrschaft der Kapitalistenklasse beziehungsweise deren Herrschaftsreserve. Neuere Faschismustheorien, wie die von Zeev Sternhell, George Mosse oder Roger Griffin, haben sich auf die Analyse der faschistischen Ideologie konzentriert. Davon ausgehend sollen einige Thesen aufgestellt werden, die zeigen, was den Faschismus ausmacht und ihn von anderen rechten Strömungen unterscheidet.

Der Faschismus ist eine Reaktion auf bestimmte krisenhafte Erscheinungen und existenzielle Herausforderungen, die sich im Zeitalter des modernen Kapitalismus ergeben. Der Faschismus wollte und will eine Antwort auf Klassenspaltung, Verelendung, Entfremdung, Umweltzerstörung und allgemein die kapitalistische Krisenhaftigkeit sein. Er will die eigene Nation in der internationalen Macht- und Wirtschaftskonkurrenz möglichst stark und siegreich machen und verfolgt dabei radikale imperialistische und militaristische Konzepte. Zugleich ist er eine vehemente Abwehrbewegung gegen jegliche emanzipatorische Bestrebungen. In ihrem Versuch, eine Antwort auf die Fragen der Zeit zu geben, gehen die Faschi-

sten wie alle Rechten von der Prämisse der Ungleichwertigkeit der Menschen aus. Ihr selbst gewählter politischer Standpunkt und ihr Ideal ist der kämpfende, kriegerische Männerbund.² Für alle Faschismen ist dieses militaristische, patriarchale Element samt einer antifeministischen Grundhaltung ganz zentral. Alle Faschismen formulieren eine Kritik an bestimmten Strukturen und Merkmalen des Kapitalismus, die sie regelmäßig zu antisemitischen oder mit Antisemitismus strukturell verwandten Positionen bringt. Sie sind ebenso antiliberal, antiparlamentarisch und antibürgerlich wie radikale Feinde linker Emanzipationsbewegungen. Sie streben mit revolutionärer Attitüde eine ganz neue Gesellschaft, einen ganz neuen Menschen an, und beziehen sich trotzdem in starkem Maße auf Geschichte.

Diese unvollständige Kennzeichnung enthält die wichtigsten Merkmale, in denen sich der Faschismus von anderen rechten Strömungen unterscheidet. Nur AkteurInnen und Bewegungen, deren Ideologie und Praxis diese Elemente enthalten, sollten als faschistisch bezeichnet werden. Gleichzeitig ist mit dieser kurzen Kennzeichnung zumindest angedeutet, worin die besondere Aggressivität, Dynamik und Gefährlichkeit der faschistischen Rebellion in einer krisenhaften kapitalistischen Gesellschaft voller sozialer und internationaler Konflikte liegt. ■



[1]



[2]